

Grüner Igger

Bundestagswahl am
18. September: Zweitstimme
ist Joschka-Stimme!



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Offene Liste Lambsheim

Nr. 18 — September 2005

Richtungswahl am 18.09.!

Liebe Leserin, lieber Leser, Deutschland steht am 18. September vor einer entscheidenden Richtungswahl.

Entweder weiter auf dem Weg in die Zukunft, der so manches Mal nicht einfach, gar steinig, ungewiss und beschwerlich ist. Weiter auf dem Weg, unser Land ökonomisch, ökologisch und sozialpolitisch fit zu machen für die Zukunft, den demographischen Wandel und den Klimaschutz.

Oder mit voller Kraft vorwärts in die Vergangenheit mit Angela Merkel und ihrer CDU. Wahlkampf ist auch immer die Zeit der etwas stärkeren Vergleiche und der Zuspitzung, aber dieses Bild haben wir ganz bewusst gewählt und wollen es an einigen Beispielen belegen.

Landwirtschaft: Mit vier Prozent ökologisch wirtschaftenden Bauern belegt Deutschland noch immer einen Platz im schwachen Mittelfeld (Österreich, Schweiz 12%). Zu einem Zeitpunkt, wo ökologisch produzierte Produkte in immer stärkerem Maße in die Verbrauchermärkte Einzug halten, propagiert die Union eine Agrarwende rückwärts. Hinter den schönen Worten steckt deren alte Landwirtschaftspolitik, als hätte es die BSE-Krise nie gegeben. Motto ihrer Politik: Masse statt Klasse - Massentierhaltung.

Dagegen ist die ökologische Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung ein boomender Bereich mit Zuwachsraten von 10% – hier hat sich die Zahl der Beschäftigten in den letzten zehn Jahren auf 150.000 verdoppelt. Diesen Weg wollen wir weiter beschreiten, zusammen mit den Landwirten und der Gesellschaft.

Gentechnik: Schwarz-Gelb und die Agroindustrie wollen Gen-Food zwangseinführen und die Schutzstandards im Gentechnik-Gesetz kippen. Für Umweltschäden durch Gentechnik sollen herkömmliche Landwirte und Biobauern gemeinsam haften. Biobauern sollen also dafür bestraft werden, dass konventionelle Landwirte eventuell Umweltschäden anrichten.

Damit machen CDU/FDP Politik gegen die Mehrheit der Verbraucher und Landwirte. Wir meinen: Nicht mit, sondern ohne Gentechnik hat die Landwirtschaft in Deutschland eine Chance. Verbraucher und Landwirte müssen die Freiheit haben, sich zwischen Produkten mit und ohne Gentechnik entscheiden zu können. Der Einsatz von Gentechnik



ULRIKE HÖFKEN
KLASSE FÜRS LAND!

www.ulrike-hoefken.de

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

widerspricht unserem Ziel einer zukunftsfähigen, umweltgerechten und sozial nachhaltigen Landwirtschaft.

Frauenpolitik: Kinder, Küche, Kirchhof. Die Union hat zwar eine Kanzlerkandidatin, aber eine rückwärtsgewandte Frauenpolitik: Schon bisher haben Union und FDP wichtige Vorhaben wie den Ausbau der Kinderbetreuung blockiert. Im TV-Duell behauptete Merkel, die Einführung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz sei eine ihrer "wirklichen Leistungen" als Jugendministerin zwischen 1990 und 1994. gewesen. Das Protokoll des Deutschen Bundestages vom 25. Juni 1992 vermerkt, dass bei der Schlussabstimmung die deutliche Mehrheit von

Inhalt:

Richtungswahl am 18.09.!	1
Neuer Internet-Auftritt	2
Neue Wege im Badevergnügen ...?	3
Warm – aber wie? ... Ganztagschulneubau	3
Hohe Energiepreise – wir haben was dagegen	4

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

355 Abgeordneten dem gemeinsamen Gruppenantrag der Bundestagsfraktionen zugestimmt habe. **Nur: Die dafür zuständige Ministerin Merkel enthielt sich der Stimme!**

Im Wahlprogramm der Union sind Frauen ganze dreimal erwähnt, als Mütter, als Opfer von Frauenhandel und von Zwangsheirat. Ex-Bundesfrauenministerin Rita Süßmuth (CDU) lässt in der Frauenzeitschrift „Emma“ kein gutes Haar am CDU-Programm: Die Frauen seien darin „schlicht vergessen worden.“ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen für Frauen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Neben einem notwendigen Gleichstellungsgesetz wollen wir bei öffentlichen Aufträgen Firmen bevorzugen, die Gleichstellung fördern. Wir benötigen größere Anstrengungen beim Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung und mehr Anreize für Väter. Frauen verdienen eine Politik, die ihre Interessen auch ernst nimmt.

Energiepolitik: Vor einigen Tagen ließ die CDU die Katze aus dem Sack: Mit den Aussagen Heinrich von Pierer, neuer „Wirtschaftsberater“ der Union, den beschlossenen Atomausstieg zu revidieren und die Laufzeit der Atomkraftwerke in Deutschland auf 60 Jahre fast zu verdoppeln, konkretisiert und radikalisiert sich die Energiepolitik der CDU. Nur Investitionen und Innovation schaffen und sichern neue Arbeitsplätze. Mit dem von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in schwierigsten und langwierigen Verhandlungen durchgesetzten Atomausstieg und den Unternehmen kostenlos zugeteilten Zertifikaten für den Emissionshandel hat die Industrie langfristig Planungssicherheit erhalten. Die Folge: Auf dem seit Jahrzehnten nur von den vier Unternehmen E on, EnBW, Vattenfall und RWE monopolartig abgeschotteten deutschen Energiemarkt – auf dem sich lange Jahre nichts bewegte – engagieren sich inzwischen auch ausländische Investoren. Mit Neuinvestitionen in den Kraftwerkspark sorgen sie künftig für zusätzlichen Wettbewerb im Stromsektor.

Derzeit entstehen in Deutschland neue Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 15.000 Megawatt. Das entspricht der Kapazität von 15 Atomkraftwerken. Die Hälfte werden hocheffiziente und emissionsarme Kraftwerke mit Gas- und Dampfturbinentechnik sein. Eines dieser hochmodernen „Kraftpakete“ ging im Frühjahr bei der BASF in Betrieb. Die Gasturbinen für diese Kraftwerke mit Wirkungsgraden von fast 60 Prozent baut die Kraftwerkssparte von Siemens, dessen Aufsichtsratschef Herr von Pierer ist.

Neue Kraftwerke können allerdings mit alten, längst abgeschriebenen Museums-Meilern wie Biblis oder Brunsbüttel, die bis 2009 vom Netz sollten, nicht konkurrieren. Investitionen in Neubauten würden mit Hinweis auf die längeren Atomlaufzeiten unterbleiben, den Schaden hätte der Siemens-Konzern. Von Pierer ist damit der erste Aufsichtsratschef, der sich für Umsatzverluste des eigenen Unternehmens einsetzt. Das macht nur dann keinen Sinn, wenn sich von Pierer nicht einen – in Deutschland beginnenden – breiten Wiedereinstieg mit zahlreichen Neubauten in die Kernkraft erhoffen würde.

Die Zeche würde die Bevölkerung zu bezahlen haben: Verdoppelung des einzulagernden Atommülls, erhöhtes

Störfallrisiko, weniger Arbeitsplätze durch unterlassene Investitionen in moderne Kraftwerke sowie weniger Wettbewerb und sinkende Versorgungssicherheit.

Wir GRÜNE wollen den begonnenen Atomausstieg Schritt für Schritt fortsetzen, den Kraftwerkspark durch hocheffiziente und umweltverträgliche Neubauten modernisieren, behutsam umbauen und dabei die festgefügtten monopolartigen Strukturen im Energiesektor aufbrechen. Das schafft Investitionen, Arbeitsplätze, Technologievorsprung der deutschen Industrie und ist gut für Klima, Umwelt und Versorgungssicherheit.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz haben inzwischen weltweit weitere 18 Staaten quer durch Europa, aber auch China und Brasilien, übernommen. Es ist ein weltweiter Exportschlager. Wir sehen keinen Grund, daran etwas zu ändern, zumal es ohnehin periodisch überprüft und den Marktgegebenheiten angepasst wird. Der Umlagebetrag für das EEG beträgt z.Z. 0,54 Cent pro Kilowattstunde. Der von den Kunden mit dem Strompreis zu bezahlende Anteil für die steuerfreien Rückstellungen der Atomkonzerne zum Abriss der Atom-Meiler und Endlagerung der Abfälle liegt mit 0,6 Cent höher. Im Bereich erneuerbarer Energien sind in den letzten Jahren 130.000 neue Jobs entstanden. Die Union aber redet die Branche klein und ist sich nicht zu schade, diese in sogenannten Schwarzbüchern auch noch zu diffamieren. Es ist sicher ungewöhnlich, Dokumente des politischen Gegners selbst zu kommunizieren. Wir folgen aber dem Beispiel des energiepolitischen Sprechers unserer Bundestagsfraktion, Hans-Josef Fell, der demonstrativ das „Schwarzbuch grün-roter Energiepolitik“ der CDU auf seine Internetseite gestellt hat. Eine möglichst breite Öffentlichkeit sollte erfahren, wie in der Union über Energiepolitik gedacht wird und auf welchem Niveau „argumentiert“ wird. Dieses Dokument nebst einer grünen Bewertung ist auf unserer Webseite www.gruene-lambsheim.de abrufbar.

Auch beim Thema steigender Energiepreise (siehe letzte Seite) ist der Opposition außer einem zurück zur Atomenergie und „schwarzen Büchern“ nichts eingefallen.

Wir setzen dem klar entgegen: Nur Wachstum, das sich an Mensch und Natur orientiert, Grenzen anerkennt und setzt, bringt eine tragfähige Entwicklung. Die weltweite Nachfrage kann nur dann weiterhin Jobs in Deutschland schaffen, wenn die Energiewende und damit Investitionen in Zukunftstechnologien nicht rückgängig gemacht werden.

Nur GRÜNE haben Konzepte zu Klimaschutz, Weg vom Öl und neuer Arbeit. Und wir kämpfen dafür nicht nur vor Wahlen und nach Naturkatastrophen. Deshalb am 18. September: **Zweitstimme für GRÜNE, Zweitstimme ist Joschka-Stimme!**

Neuer Internet-Auftritt

Rechtzeitig zur Bundestagswahl hat der Ortsverband Lambsheim von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Seiten seines Internet-Auftrittes neu gestaltet und erweitert. Schauen Sie doch mal bei uns rein unter: www.gruene-lambsheim.de

Neue Wege im Badevergnügen Lamsheim?

Der Sommer neigt sich dem Ende entgegen, und wie schon seit Jahren trauern viele Lamsheimer immer noch dem „schön gelegenen Lamsheimer Freibad“ nach. Seit nunmehr sieben Jahren ist das Gelände des Bades weitgehend ungenutzt. Lediglich einige wenige Veranstaltungen im Jahr rufen in Erinnerung, welch ein Juwel Lamsheim am Ortsrand besitzt. Dass es soweit kommen musste, und auch die Anstrengungen der Freunde des Lamsheimer Freibades vergebens waren, hat viele Gründe; einige davon sicherlich auch hausgemacht. Doch ist Lamsheim kein Einzelfall: ca. 80 Prozent der rheinland-pfälzischen Bäder sind sanierungsbedürftig. Die wenigsten Gemeinden sind noch in der Lage, die regelmäßig anfallenden Betriebs- und Wartungskosten zu decken.

Vor knapp sechs Jahren bereits beantragten wir die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für das Lamsheimer Freibad als Naturschwimmbad. Wir hatten uns im Vorfeld mit einem Planungsbüro für Naturbäder in Verbindung gesetzt und eine grobe Kostenrechnung eingeholt. Der Antrag wurde damals mehrheitlich abgelehnt unter anderem mit der Begründung, Lamsheim hätte bereits einen Naturschwimnteich, nämlich den Weiher Somit war unser Traum, ein familienfreundliches Freibad in schöner Umgebung mit jährlich vergleichbar geringen Betriebskosten zu erhalten, gleich ausgeträumt. Den neu in den Rat gewählten Lamsheimer Grünen blieb nichts anderes übrig, als sich der Mehrheit im Rat zu beugen.

Nicht nur die Lamsheimer Politik, auch Jugendlichen des Jugendzentrums und einige Mitglieder der Lokalen Agenda 21 haben sich intensiv über die Nutzung des brach liegenden Geländes Gedanken gemacht. Einig ist man sich dahinge-

hend, dass das Areal erhalten, gepflegt und nachhaltig sinnvoll genutzt werden soll. Mittlerweile liegen der Verwaltung eine Reihe von Ideen und streitbaren Vorschlägen auf dem Tisch (der Bürgermeister informierte darüber regelmäßig im Amtsblatt); getan hat sich bislang leider recht wenig.

Ein Lamsheimer Bürger hat uns auf eine Meldung im Umwelt-Journal Rheinland-Pfalz (Herausgeber: Ministerium für Umwelt und Forsten) aufmerksam gemacht, wonach das Land gemeinsam mit der Kommune Bingerbrück neue Wege im Badevergnügen beschreitet. Das dortige in den sechziger Jahren erbaute Freibad wurde mit erheblicher Förderung des Landes nach anderthalb Jahren Bauzeit im Mai dieses Jahres als Naturerlebnisbad in Betrieb genommen. Dieses Projekt soll Modellcharakter in Rheinland-Pfalz haben. Denkbar wäre in Lamsheim die Nutzung des Freibadgeländes womöglich sogar unter Einbeziehung der Isenach.

Wenngleich wir die seinerzeit im Rat getroffene Mehrheitsentscheidung gegen unseren Antrag akzeptieren, doch spricht nichts dagegen, auch noch einmal über unsere Idee vom Naturbad nachzudenken und sie „ins Rennen zu schicken“. Die Vorteile eines naturnahen Schwimnteiches liegen schließlich auf der Hand:

- hoher Spiel- und Erlebniswert
- kinderfreundliche Gestaltung
- geringere Investitions- und Betriebskosten
- finanzielle Förderung durch das Land
- Überwachung durch das Gesundheitsamt
- Naturnähe
- ganzjährige Nutzung des Geländes

Noch weitere sechs Jahre können wir nicht mehr warten!

Warm – aber wie? Teil 2: Ganztagschulneubau

Mit Beginn des Schuljahres vor einigen Tagen hat auch die Ganztageschule Lamsheim ihren Betrieb aufgenommen. 105 Anmeldungen belegen die Notwendigkeit und Akzeptanz für eine solche Einrichtung. Auch dank des großen Engagements des Schulleiters konnte Lamsheim den Wettbewerb um einen künftigen Ganztagschulstandort bereits in der „ersten Runde“ erfolgreich abschließen.

Vorerst noch als provisorischer Betrieb, werden wohl schon im Winter die Bagger rollen. Sie sollen möglichst schnell die noch fehlenden baulichen Voraussetzungen wie Mensa und zusätzliche Klassenräume schaffen. Im Mai und Juni wurde dazu ein Architektenwettbewerb durchgeführt. Unter den eingereichten Entwürfen waren erfreulicherweise gleich mehrere qualitativ hochwertige Arbeiten vertreten, die eine Entscheidung schwierig machten. Insgesamt zeigen die guten Ergebnisse, dass es richtig war, den Aufwand zu treiben und einen Wettbewerb auszuloben. Kritik gibt es allerdings in zwei Punkten anzumelden:

So wäre es im Vorfeld des Wettbewerbs durchaus eine Diskussion wert gewesen, nach welchen (Qualitäts-/Energie-)Standards überhaupt gebaut werden soll. So verständlich der Wunsch nach einem zügigen Baubeginn ist.

Ähnliche Probleme ergeben sich auch immer wieder bei notwendigen Heizungssanierungen, wo mit dem Argument „Gefahr im Verzug“ zumeist nur noch nachträglich abzunickende Tatsachen geschaffen werden. Nicht nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würden es begrüßen, wenn künftig bei der Bearbeitung von Anträgen der Fraktionen nur ein Bruchteil des Tempos aufgewendet würde, das von der Verwaltung hier an den Tag gelegt wird.

Zu einem Zeitpunkt, da der Ölpreis auch schon bei 60 Dollar je Barrel lag und es doch meist die wiederkehrenden (Unterhaltungs-)Kosten sind, die öffentliche Haushalte ins Defizit treiben, interessieren uns v.a. die Fragen, wie das neue Schulgebäude beheizt werden soll und wie viel Energie es dabei verbrauchen darf.

GRÜNER Antrag: Gebäude-Energiekonzept

Anlass genug für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, einen Antrag auf Erstellung eines Gebäudeenergiekonzeptes im Rahmen der Planungsarbeiten zu stellen, um zu konkreten Vorgaben zu kommen. Dank des Entgegenkommens des Bürgermeisters wurde unser fast in „letzter Minute“ eingereichter Antrag noch mit auf die Tagesordnung des letzten Gemeinderates gesetzt. Dort wurde er schließlich mehrheitlich angenommen.

Bleibt zu hoffen, dass das beauftragte Planungsbüro, das für die siegreichen Architekten bei der Bauausführung bereits Teilleistungen wie die Statik erbringen wird, eine den üblichen Standards genügende Energiebilanz erarbei-

ten wird. Wir werden das Ganze jedenfalls kritisch im Auge behalten. Zu Beginn der Gemeinderatssitzung präsentierte sich das siegreiche Architektenbüro. Wir sind gespannt, wie viel/wenig der energiesparenden Ideen auch in die Praxis umgesetzt werden.

Einer der weltgrößten Chemiekonzerne und Dämmstoffhersteller modernisiert derzeit in Ludwigshafen seinen Wohnungsbestand im 1- bzw. 3-Liter-Standard. Auch hier sollte seitens der Gemeinde geklärt werden, ob sich im Zusammenhang mit dem Schulneubau nicht eine geldsparende Kooperation anbietet, solange die Firma im Stadium der breiten Markteinführung ihrer Produkte noch Referenzobjekte sucht, an denen sich diese in der Praxis bewähren. Ein derartiges Objekt könnte auch ein Schulgebäude sein.

Hohe Energiepreise – wir haben was dagegen

In den letzten Tagen und Wochen haben Öl- und Benzinpreise neue Höchststände erklommen, zuletzt begründet mit der Hurrikan-Katastrophe „Katrina“ und Raffinerie-Engpässen in den USA. Weitere Gründe sind der hohe Rohölpreis, getrieben durch die rasant gewachsene Energienachfrage vor allem in Asien und Spekulationen der Märkte.

Während Deutschlands bekanntestes Boulevardblatt eine Benzinwutkampagne („Rück' den Billigsprit raus“) konstruiert, fällt auch der Union – ganz auf Tankstellen-Populismus setzend – nicht mehr ein, als eine Senkung der schon immer von ihr als „K.O-Steuer“ diffamierten Ökosteuer um drei Cent zu fordern. Während sie gleichzeitig den Spritpreis durch ihre zweiprozentige Merkelsteuererhöhung um 2,5 Cent verteuern wird. Wer jetzt allerdings rechnet, dass damit noch eine Ermäßigung um einen halben Cent rauskommt übersieht, dass die Steuerausfälle durch diese Ökosteuerabsenkung gegenfinanziert werden müssten. Denn die Einnahmen (rund 18,5 Mrd. Euro) gehen fast vollständig (etwa 90%) in die Rentenkasse und sorgen dort für eine Stabilisierung und Senkung der Rentenbeiträge seit 1999 von 20,3 auf 19,5%. Ohne Ökosteuer wären sie auf 21,2% gestiegen. Ein Teil der Einnahmen geht in ein Förderprogramm für Erneuerbare Energien (200 Mio. €) und in die Altbau-sanierung (160 Mio. €), kommen also ebenfalls den Bürgern zugute.

Ohnehin wäre eine Senkung um drei Cent nur symbolischer Art, wenn wie geschehen an einem Tag der Spritpreis allein um acht Cent steigt bzw. in drei Tagen um 18 Cent.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen dagegen auf ein breit angelegtes Maßnahmenpaket aus Einsparung, Effizienzsteigerung und erneuerbaren Energien, das uns mittel- und langfristig deutlich unabhängiger macht: Weg vom Öl! Aber auch schon kurzfristig schafft es etwas Entlastung, um den hohen Öl- und Benzinpreisen zu begegnen.

- Spritverbrauch: Vereinbarung mit der Automobilindustrie, den Flottenverbrauch von Neuwagen auf maximal 5 Liter je 100 km zu senken.

- Biogene Treibstoffe: Vereinbarung mit der Mineralölindustrie, die erlaubten Werte der Beimischung von Ethanol zum Benzin auszuschöpfen. Initiative auf EU-Ebene, die mögliche Beimischung von Ethanol und Biodiesel zum Kraftstoff von bislang 5 auf 10% zu verdoppeln.
- Steuerliche Förderung der Umstellung von Fahrzeugen auf Erdgas-Antrieb.
- Modernisierung der Heiztechnik: Weiterer Ausbau des Programms, das die Neuanschaffung von Solarthermie- und Holzpellets-Heizanlagen oder hocheffizienten Gasbrennkesseln fördert.
- Abkoppelung des Gaspreises vom Ölpreis.

Wir wollen den Energie- und Ressourcenverbrauch senken und Deutschland damit zukunftsfähig machen. Bereits in den vergangenen Jahren hat die rot-grüne Bundesregierung die Umstellung auf energiesparende Techniken erheblich gefördert. Unter anderem mit ihrem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und Zuschüssen beim Einbau von Solarkollektoren, die weiter fortgeführt und ausgebaut werden sollen.

Im **Grünen Igel** haben wir darüber immer wieder informiert. Deutlich muss aber auch gesagt werden, dass die Bevölkerung bereit sein muss, diesen Weg mitzugehen. Das Bewusstsein dafür ist fernab populistischer Forderungen von Boulevardzeitungen und Tagespolitik vorhanden. Höchste Zeit, es auch praktisch umzusetzen. Denn „eine signifikante Senkung der Rohölpreise wird es nicht mehr geben“. Sagen übrigens nicht wir, sondern Klaus Töpfer, Chef der Umweltbehörde der Vereinten Nationen. Letzter CDU-Umweltminister zu einer Zeit, als diese noch eine Umweltpolitik besaß.

Impressum:
 Herausgeber: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
 Offene Liste Lambsheim
 Klaus-Peter Spohn-Logé (V.i.S.d.P.)
 Hinterstraße 34, 67245 Lambsheim
 E-Mail: ov.lambsheim@gruene.de
 Internet: www.gruene-lambsheim.de

